



Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

1) Jagdpolitische Fragen

Vorbemerkung: Als erstes möchte ich Ihnen meinen Dank sagen. Sie haben nämlich die AfD und mich als ihren örtlichen Vertreter nicht ignoriert, wie das dem Vernehmen nach auf der Bundesebene geschehen ist.

Des Weiteren ist Ihnen wahrscheinlich bekannt, dass ich seit über 55 Jahre Schütze und Mitglied im Schützenverein Neuhof bin. Meinen ersten Jahres-Jagdschein habe ich 1967 als junger Bundeswehrsoldat gelöst. Seit mehreren Jahren bin ich Mitglied der Jägervereinigung Rhön-Vogelsberg. Meine Aktivitäten bezüglich Jagd und Hege beziehen sich hauptsächlich auf eine Waldfläche im Gieseler Forst (früher Forstamt Neuhof, jetzt Forstamt Fulda).

Im Übrigen sind Ihre Fragen zum Teil sehr detailliert. Nach meinem Wissensstand ist die AfD mit ihren programmatischen Äußerungen in der Regel nicht so ausgefeilt, dass sich daraus Ihre Fragen exakt beantworten ließen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass die AfD als konservativ geprägte Partei die Jagd uneingeschränkt befürwortet und an der Seite der Jäger steht. Das Gleiche gilt natürlich auch für mich selbst.

1.1) Hält Ihre Partei eine Änderung des Bundesjagdgesetzes für erforderlich, wenn ja, in welcher Form?

Zu 1.1 Die Kreisläufe in der Natur folgen einem Jahrtausende altem Muster und korrespondieren damit nicht mit den vier- oder fünfjährigen Legislaturperioden der Politik. Deswegen sollte nicht sofort, an Gesetzen gefeilt werden, nur um einen (leider meist grünen) Koalitionspartner zu gefallen.

1.2) Erkennt Ihre Partei das Jagdrecht als Schutzrecht an? Wenn nein, warum nicht?

Zu 1.2 Das Jagdrecht ist ein Eigentumsrecht und steht somit unter dem besonderen Schutz des Staates. Änderungen lehnt die AfD entschieden ab.

1.3) Erachtet Ihre Partei eine Kürzung oder Erweiterung des Katalogs jagdbarer Arten für erforderlich? Wenn ja, warum?

Zu 1.3 Eine Kürzung des Katalogs der jagdbaren Arten wird es mit der AfD nicht geben, zumal ja gerade das Jagdrecht bedrohten Arten den bestmöglichen Schutz angeeignet lassen kann. Ob das Jagdrecht eine Erweiterung benötigt, hängt sicher

davon ab, wie sich die Populationsdynamik mancher Arten, zum Beispiel Wolf und Biber, in nächster Zeit entwickeln wird. Persönlich halte ich es für dringend erforderlich, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen, wie es ja auch nordische Länder getan haben.

1.4) Unterstützt Ihre Partei die Bejagung von Prädatoren und deren Nutzung durch Verarbeitung der Bälge?

Zu 1.4 Die AfD unterstützt uneingeschränkt die Bejagung der Prädatoren und deren Nutzung durch die Verarbeitung der Bälge. Kein in Gefangenschaft gehaltenes Tier hat es bis zu seinem Tod so gut gehabt, wie ein zum Beispiel auf der Jagd erlegter Fuchs.

1.5) Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Fanggeräten/Fallen für die Bejagung von Prädatoren?

Zu 1.5 Der Tierschutzgedanke, das Mitgefühl mit der Kreatur, ist im abendländischen Kulturkreis, und ganz besonders in Deutschland, tief verwurzelt. Da in Deutschland die Fallenjagd schon stark reglementiert ist und nur sofort tötende beziehungsweise Lebendfallen von kundigen Personen eingesetzt werden dürfen, sollte an dieser Form der Bejagung festgehalten werden. Es wäre den Jägern auch schwer vermittelbar, wenn Mäusefallen von allen aufgestellt werden dürfen, hoch ausgebildeten Jägern aber der Marderfang verboten würde.

1.6) Wie soll das Management invasiver gebietsfremder Arten gemäß entsprechender EU-Verordnung in Deutschland umgesetzt werden?

Zu 1.6 Ich war über diese EU-Verordnung erstaunt. Vernünftigerweise sollten jagdliche Mittel eingesetzt werden. Ob damit jedoch beispielsweise das Problem des Waschbär gelöst werden kann, erscheint fraglich.

1.7) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Pflichtmitgliedschaft der Jäger in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), der gesetzlichen Unfallversicherung, aufzuheben und sich für



eine Änderung des Sozialgesetzbuches stark machen? Wenn nein, warum nicht?

1.8) Wie stehen Sie zur Befriedung von Jagdflächen für natürliche und juristische Personen?

Zu 1.8 Um einem Fleckerlteppich vorzubeugen, der Flächen ausweist, auf den gejagt beziehungsweise nicht gejagt werden darf, setzt sich die AfD gegen entsprechende Befriedungsansinnen aus.

1.9) Welche Maßnahmen sollen Ihrer Ansicht nach in Jagdruhezonen (z.B. in Kernzonen von Nationalparks oder durch Befriedungsantrag) ergriffen werden, um Schwarzwildbestände oder invasive Arten wie den Waschbär einzudämmen?

Zu 1.9 Der Nationalparkgedanke sieht vor, die Natur sich dort selbst zu überlassen. Wenn die Artenvielfalt unter Schwarzwild, Waschbären und anderen Gewinnern in unserer Kulturlandschaft leidet, so müsste deren Bejagung in begründeten Fällen grundsätzlich möglich sein.

1.10) Wird sich Ihre Partei für eine Änderung der Steuergesetze bezüglich der Besteuerung von Jagdgenossenschaften einsetzen?

1.11) Hält Ihre Partei die Besteuerung eines Revierschleppers (z.B. zur Beseitigung von Wildschäden) für gerechtfertigt?

2) Naturschutzpolitische Fragen

2.1) Wird sich Ihre Partei für einen dauerhaften eigenen Haushaltstitel zur Umsetzung des "Bundesprogramms Wiedervernetzung" einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Zu 2.1 Die Vernetzung von Lebensräumen spielt in unserem von Überbevölkerung und von Verkehrsadern zerschnittenem Land eine große Rolle, um landgebundenen Tieren Wanderbewegungen auf zum Teil Jahrhunderte alten Wechsellinien zu ermöglichen. Diese Wanderkorridore zu schaffen, würde durch einen separaten Haushaltstitel erleichtert.



2.2) *Wie sieht Ihre Partei die Bestandsentwicklungen und damit einhergehenden Interessenkonflikte von bisher streng geschützten Arten wie beispielsweise Biber und Wolf? Welche Managementmaßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig?*

Zu 2.2 Bei den beiden angesprochenen Arten ist ein Beobachten der Bestandsentwicklung genauso unerlässlich, wie das Reagieren bei Problemfällen. So ist das Entnehmen von Bibern aus der Wildbahn schon praktiziert worden, bei Wölfen wird es wohl darauf hinauslaufen, dass wie auch immer auffällig gewordene Individuen (keine Menschenscheu, auf das Reißen von Haustieren spezialisiert) in einer Übergangszeit mit Sondergenehmigung erlegt werden sollten, bevor sie in das Jagdrecht aufgenommen werden.

2.3) *Hält Ihre Partei eine finanzielle Unterstützung des seit 2002 bundesweit laufenden Wildtiermonitorings (Wildtier-Informationssystem*



der Länder Deutschlands, WILD) für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form könnte eine Unterstützung seitens des Bundes erfolgen?

2.4) Hält Ihre Partei eine Ausweitung von NATURA 2000 und FFH-Gebieten für notwendig? Welche Nutzungsbeschränkungen sollten aus Ihrer Sicht in diesen Gebieten gegeben sein?

2.5) Wie steht Ihre Partei zur Auslandsjagd als Instrument zum Schutz bedrohter Wildarten?

Zu 2.5 Die AfD akzeptiert die Auslandsjagd auf Arten, die in ihrem Bestand nicht gefährdet sind. Durch das Geld der devisenbringenden Jäger können in den meist strukturschwachen Gebieten Aktionen ergriffen werden, um beispielsweise das Wildererunwesen einzudämmen. Die Jäger sollten sich bei Auslandsaufenthalten aber bewusst sein, dass sie dort als Vertreter des Deutschen Waidwerks agieren – und auch beobachtet werden. Wer mit Pfeil und Bogen auf Löwen jagt, die auf einem Fußballfeld großen Areal gehalten werden, muss mit Gegenwind aus der Heimat und letztendlich Verachtung vor Ort rechnen

3) Agrarpolitische Fragen

3.1) Welche agrarpolitischen Weichenstellungen hält Ihre Partei für notwendig, um einer weiteren Abnahme bedrohter Offenlandarten, wie z.B. Rebhuhn oder Feldlerche, entgegenzuwirken?

3.2) Hält Ihre Partei eine Vernetzung verschiedener Politikbereiche, wie z.B. Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der GAK, Greening-Vorgaben und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für sinnvoll? Wenn ja, in welcher Form?

3.3) Wie steht Ihre Partei zur Nutzung von Flächen nach der Brut- und Setzzeit, die über Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden? (z.B. über den Anbau von Wildpflanzen, zur Energiegewinnung)

4) Waffenrechtliche Fragen



4.1) *Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten? Wenn ja, in welcher Form?*

Zu 4.1 Die AfD wird alles unternehmen, damit das derzeit strenge deutsche Waffenrecht nicht noch weiter verschärft wird. Die Beibehaltung des derzeitigen status quo sehen wir als Minimalziel an. Man sollte langjährige Erfahrungen aus der Schweiz und solche aus Tschechien heranziehen, wo unlängst der Waffenerwerb deutlich erleichtert wurde. Dass es nach der geltenden Rechtslage einem Jäger praktisch unmöglich ist, sich mit einer in seinem Haus befindlichen Waffe gegen einen bewaffneten Eindringling zu verteidigen, weil der Jäger seine Waffe stets in einem verschlossenen Waffenschrank aufbewahren muss, also nicht zugriffsbereit zur Verfügung haben darf, ist ein Unding. Diese Rechtslage stärkt die Position eines Rechtsbrechers und schwächt die Situation eines rechtstreuen Bürgers. Diese schier unbegreifliche Rechtslage steht symbolisch für viele andere Bereiche, in denen Interessen des normalen deutschen Staatsbürgers de lege lata zurückstehen müssen.



4.2) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

4.3) Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

4.4) Wie bewerten Sie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Waffenkontrollen? Eine im öffentlichen Interesse durchgeführte Kontrolle wird dem legalen Waffenbesitzer in Rechnung gestellt. Was werden Sie in diese Richtung unternehmen?

4.5) Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

4.6) Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

4.7) Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig? Wenn ja, warum?

5) Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum Jäger Ihre Partei wählen sollten?